



Das Gute Leben für alle! Aufbruch in die solidarische Lebensweise*

AutorInnen:

Christoph Ambach Monika Austaller Christopher Beil Laima Eicke

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung
Konturen einer solidarischen Lebensweise
Beispiele für gelebte Alternativen
Rahmenbedingungen und Institutionen einer solidarischen Lebensweise
Politische und kulturelle Transformation im aktuellen politischen Umfeld9
Resümee
Bibliographie17
Weiterführende Links

Einleitung

In den letzten Jahren gewinnen nationalistische Bestrebungen und rassistische Ressentiments immer mehr an Gewicht. Der Autoritarismus erscheint als neue Spielart des neoliberalen Kapitalismus und als reaktionäre Gegenbewegung zu den sozialen Verwerfungen der steigenden Ungleichheit. Orban, Trump, Kurz und Seehofer wollen ihre Länder wieder "Great" machen. Wenn die Flüchtlinge erst mal draußen sind, wird es der Wirtschaft besser gehen denn je, der Klimawandel ist dann auch kein Thema mehr und die Demokratie retten wir so auch "mit links" (oder besser "mit rechts")?

Ist das alternativlos?

Die eigentlich wesentliche Ursache der gegenwärtigen Probleme ist in unseren Augen die weltweite Ausdehnung einer auf Profit und Wachstum basierenden Wirtschaftsweise. Diese ist stark mit einer Lebensweise der Menschen verwoben, die Ulrich Brand und Markus Wissen als "imperiale Lebensweise" (2017) beschreiben. Die imperiale Lebensweise, und immer mitgedacht auch die Produktionsweise, beruht hierzulande auf einem gesamtgesellschaftlichen Konsens.

Basierend auf Arbeitserleichterungen, mehr Komfort durch billige Produkte wie Handys, T-Shirts etc. und einer größeren Mobilität entsteht ein klassenübergreifendes Interesse die imperiale Lebensweise abzusichern, aufrecht zu erhalten und zu reproduzieren. Sie hat sich dabei in den *materiellen* (z.B. Autobahnen und Kohlekraftwerken), *mentalen* (z.B. Normen, Wünsche, Wissen) *Infrastrukturen* sowie *politischen Institutionen* (z.B. WTO, EZB, IWF) festgeschrieben.

Durch diesen Konsens wird die soziale Frage nur scheinbar gelöst, denn: Die Imperiale Lebensweise beruht auch auf Zwang. Vor allem jene Klassen mit geringen Einkommen werden durch steigende Ungleichheit und Statuswettbewerb unter Druck gesetzt sowie durch Leistungsdruck stigmatisiert und ausgegrenzt. Gravierende Probleme wie Einkommensungleichheiten, Altersarmut, ungleiche Bildungschancen etc. bleiben bestehen. Hinzu kommt eine völlige Negierung und Ausblendung der ökologischen Krisen eines auf Wachstum und Konsum basierenden Wirtschaft und Gesellschaftssystems. Symptomatisch externalisiert der globale Norden die entstehenden Kosten für die Umwelt (Plastikmüll,

Elektroschrott, Versauerung der Ozeane etc.) in den globalen Süden und verschärft dadurch die dortigen Klassenkonflikte und ökologische Zerstörung. Eine Veränderung dieser Lebensweise ist notwendig aber mühsam. Die imperiale Lebensweise hat sich in den Alltagspraxen der Menschen im globalen Norden tief verankert und ist zur Routine geworden. Zerstörerische Praktiken wie z.B. hoher Fleischkonsum vollziehen sich unbewusst und Zwänge, wie die ständige Selbstoptimierung bleiben unhinterfragt. Die imperiale Lebensweise charakterisiert sich nicht nur durch die Aufrechterhaltung Herrschaftsverhältnissen entlang von Klassenfragen, sondern auch entlang ausdifferenzierten Geschlechterrassisierten Verhältnissen. und Wirtschaftssystem des globalen Nordens z.B. auch auf der billigen Arbeitskraft von Migrant*innen oder auf unentgeltlicher Reproduktionsarbeit von Frauen in der Pflege. Kurz gesagt: Nur ein relativ kleiner Teil der Weltbevölkerung lebt auf Kosten der restlichen Menschen und des Planeten. Die imperiale Lebensweise verhindert systematisch ein Gutes Leben für alle und lässt dabei kaum Platz für kollektive Utopien einer anderen Welt.

Und dennoch: Eine andere Welt ist möglich: In einer solidarischen Lebensweise kann es allen Menschen möglich sein, ihre Bedürfnisse zu verwirklichen – ohne dabei auf Kosten anderer oder der Natur in Gegenwart und Zukunft zu leben. Eine andere Welt stellt den Status Quo in Frage und zeichnet in den Rissen der imperialen Lebensweise die Umrisse eines gerechten Morgen. Eine andere Welt ist Ideal, aber auch reale Notwendigkeit. Sie liegt nicht in ferner Zukunft. In gelebten Ideen einer solidarischen, sozial-ökologisch gerechten Gesellschaft existiert sie schon heute. Sie ist reale Utopie. Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist auch machbar. In kleinteiligen Prozessen und großen gemeinsamen Momenten stellen Menschen, durch konkretes Handeln und Aushandeln, neue gesellschaftliche Realitäten im Hier und Jetzt her. Sie gehen andere, solidarische Beziehungen ein und erschaffen Gegenorte. Sie drängen die imperiale Lebensweise zurück und leiten die sozial-ökologische Transformation ein: von kollektiven Hofprojekten über selbstverwaltete Kliniken bis hin zu gewerkschaftlichen Verhandlungen. In ihrer Vielfältigkeit liegt eine Kraft, die eine solidarische Zukunft schon heute denk- und erlebbar macht. In ihnen wird der Wandel lebendig. Diese solidarischen Realitäten entstehen häufig dort, wo Menschen in realen Konflikten sind und soziale und ökologische Werte in Gefahr sehen. Sie sind vielfältig und manchmal widersprüchlich. Allein schon deswegen ist der Wandel kein einheitlicher Prozess

und die Utopie nicht die einzige vorgestellte Zukunft. Trotzdem wagen wir es, die Konturen einer solidarischen Lebensweise abzustecken.

Konturen einer solidarischen Lebensweise

Überall auf der Welt setzen sich Menschen für ein friedliches, demokratisches, ökologisch nachhaltiges Miteinander, frei von Ausbeutung, Gewalt und Diskriminierung, ein. Sie alle sind Teil des Suchprozesses nach dem Guten Leben für alle. Sie sind Teil der solidarischen Lebensweise. Solidarisch deshalb, weil sie anerkennen, dass wir alle aufeinander und die Natur angewiesen sind und diese Verbundenheit als ein Geschenk empfinden, das auch Verantwortung füreinander einschließt. Sie denken soziale und ökologische Transformation zusammen, denn soziale und ökologische Verhältnisse können nicht getrennt verändert werden. Sie streben an, ausbeutungsfrei zu sein, also nicht auf Kosten anderer Menschen, zukünftiger Generationen oder der Natur zu leben. Solidarische Lebensweisen sind – im Gegensatz zur imperialen Lebensweise – vielfältig und verallgemeinerbar.

Wir sehen daher die folgenden als die zentralen Prinzipien einer solidarischen Lebensweise an: Commoning, Demokratisierung, Reproduktion, Dependenz, Suffizienz.

Gemeingüter (engl. Commons) sind eine dritte Art "jenseits von Staat und Markt", Güter zu nutzen und zu verwalten. Ob etwas ein Commons ist, hängt nicht vom Gut selbst ab, sondern vom Prozess des "Gemeinschaffens" (Commoning), also dem Umgang damit: Gemeingüter entstehen, wenn die Beteiligten sie gemeinschaftlich erzeugen, pflegen und nutzen z.B. Urban Gardens und Open Source. Alle möglichen Formen von Herstellen, Erhalten und Nutzen von Gütern, an denen Menschen gemeinsam beteiligt sind, sind als *Commoning* denkbar. (vgl. Exner/ Kratzbaum 2012)

Menschen sollten die Möglichkeit haben, ihr Leben und alles, was dieses beeinflusst und berührt selbstbestimmt zu gestalten (*Demokratisierung*). Dazu benötigen sie den Zugang zu den Mitteln, die für diese umfassende Teilhabe notwendig sind. Das betrifft sowohl zeitliche und emotionale Kapazitäten als auch eine befähigende Bildung und materielle sowie soziale Sicherheit. Darüber hinaus braucht es hierfür entsprechende Entscheidungsverfahren, die

Machtungleichheiten überwinden und allen Menschen gleichermaßen ermöglichen, zu partizipieren.

Ein solidarische Lebens- und Produktionsweise trennt nicht länger zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeiten und orientiert sich konsequent an der Logik der Sorge. Dafür räumen wir der Sorgearbeit (*Reproduktion*) einen zentralen Stellenwert ein. Unter Sorgearbeit verstehen wir "Versorge-, Vorsorge-, Fürsorge-, Entsorge-, Besorge- und Umsorge- Arbeit" (Maler 2010). Also all das, was Menschen tun, um eigene Bedürfnisse, sich selbst, andere und ihre Zusammenhänge als lebensfähig herzustellen und zu erhalten.

Sorge und Beziehung schließt für uns die gesellschaftlichen Naturverhältnisse mit ein, also das Verhältnis zwischen Menschen und der Natur. Die Logik der Sorge erinnert daran, dass Menschen von der Natur abhängig sind: Sie ist uns nicht äußerlich, sondern wir sind auf unzählige Weisen mit ihr verflochten. Diese Erkenntnis führt uns weg von den Dichotomien zwischen Gesellschaft-Natur, hin zur Vorstellung einer Mitwelt. Es geht auch darum, über institutionelle Prozesse die Auslagerung ökologischer Kosten auf andere Orte bzw. auf die Zukunft auszuschließen (*Dependenz*).

Das Prinzip der *Suffizienz* betont gegenüber der quantitativen Steigerungslogik der imperialen Lebensweise ("Mehr!") den Gedanken des qualitativen "Genug!". Dieses "Genug!" ist für uns eine doppelte Forderung: Zum einen sollen *alle* Menschen genug haben, um ein gutes Leben führen zu können -- und zum anderen müssen dafür Gesellschaften und soziale Gruppen, deren Lebensweise einen zu großen Fußabdruck erzeugt, diesen drastisch verkleinern. *Suffizienz* zielt auf einen geringeren Verbrauch von Ressourcen (Energie, Material usw.) durch eine verringerte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen.

Diese abstrakten Prinzipien können als Kompass dienen, eine solidarische Gesellschaft zu erreichen. Doch wer meint, diese Prinzipien seien vom Himmel gefallen, die oder der irrt. In den unzähligen Initiativen und Arbeiten von Pionier*innen sehen wir diese Prinzipien bereits heute gelebt.

Beispiele für gelebte Alternativen

Oft hören wir, es gäbe keine Alternative zu unserer heutigen Wirtschaftsweise, zu Privateigentum, Marktaustausch und Profitlogik als Motor von Innovation. Diskussionen über andere Formen des Wirtschaftens werden allzu oft mit dem Totschlagargument beendet:

"There is no Alternative" (TINA). Dem TINA-Prinzip stellen wir als das I.L.A Kollektiv deshalb das TAMARA-Prinzip entgegen: There Are Many And Real Alternatives - Es gibt viele und konkrete Alternativen. Hier skizzieren wir aus Platzgründen nur zwei von vielen Alternativen.

Landwirtschaft und Ernährung

Soziale Bewegungen weltweit fordern die *Ernährungssouveränität!* Es bedeutet das Recht aller Menschen, über die Art und Weise wie Essen produziert, verteilt und konsumiert wird, demokratisch mitzubestimmen - das heißt, die Gestaltung unseres Agrar- und Ernährungssystems in die eigenen Hände zu nehmen. Auf der regionalen Ebene können sich Menschen gemeinschaftlich in *SoLaWi-Netzwerke* und *FoodCoops* zusammenschließen. Sie tragen die Kosten und Risiken der Landwirtschaft gemeinsam und teilen schließlich die Ernte. Gleichzeitig umgehen sie damit die gängigen Strukturen von Einzelhandel und Supermärkten, die Bäuer*innen unter Preis- und Effizienzdruck setzen.

In *Ernährungsräten* treffen Menschen verschiedenster Hintergründe aufeinander und überlegen, wie sie gemeinsam ein solidarisches Ernährungssystem in ihrer Region gestalten können. Ziel ist es Alternativen aufzubauen und bestehende Strukturen zu verändern.

Energie

Solidarische Bereitstellung und Verwaltung von Energie gelingt zum Beispiel über Energiegenoss*innenschaften, wie sie vor allem in Norddeutschland in den 2000er Jahren förmlich aus dem Boden gesprossen sind. Genoss*innenschaften lösen die Trennung zwischen Erzeuger*innen auf der einen Seite und abhängigen Verbraucher*innen auf der anderen Seite teilweise auf. Sie lassen Betroffene nicht außen vor, sondern beteiligen sie direkt, lassen sie mitentscheiden und zeigen so, wie ein demokratisches Energiesystem aussehen kann. Dadurch stehen in Energiegenoss*innenschaften häufig andere Kriterien als die ökonomische Rendite an erster Stelle; ökologische und soziale Aspekte spielen eine größere Rolle. Gleichzeitig steigern sie so nachweislich die Akzeptanz für solidarische Formen der Energiegewinnung. Wichtig dafür ist jedoch, dass die Motivation der Mitglieder

der Genoss*innenschaft nicht in einer lukrativen finanziellen Beteiligung an Projekten irgendwo in Deutschland gründet, sondern in einer aktiven Mitgestaltung der Genoss*innenschaft und der Energieversorgung vor Ort.

Diese kleinen Initiativen sind die Nischen aus denen sich solidarische Gesellschaftsentwürfe entwickeln. Dafür braucht es Rahmenbedingungen und Institutionen die solchen Initiativen von Beginn an Unterstützung anbieten, damit sie sich verfestigen und in einen weiteren Schritt über die gesamte Gesellschaft ausbreiten können.

Rahmenbedingungen und Institutionen einer solidarischen Lebensweise

Wir als Autor*innen glauben, dass es radikale Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Organisation der gesamten Gesellschaft in der solidarischen Lebensweise bedarf. Dafür braucht es demokratische Gremien und Institutionen auf allen politischen Ebenen, damit bei allen Fragen möglichst alle Menschen mitreden und mitentscheiden. Diese Strukturen müssen möglichst hierarchiefrei sein und Minderheiten schützen, um Ausbeutungsverhältnisse zu verhindern. Andererseits sollen diese politischen Institutionen auch dazu dienen, die solidarische Lebensweise abzusichern. Damit dies auch wirklich gelingt müssen wir die Demokratie stärken. Innerhalb des System einer repräsentativen Demokratie gibt es dafür bereits viele Vorschläge. Diese Vorschläge reichen von mehr Transparenz in der Politik (z.B. darüber wer versucht, Einfluss auf die Gesetzgebung auszuüben) über die bessere Bezahlung von politischen Abgeordneten (damit Bestechungsversuche seitens wirtschaftlicher und anderer Akteure keine Chance mehr haben) hin zu der Forderung nach mehr direkter Demokratie.

Demokratie muss dabei aber auch neu gedacht werden. Bei öffentlichen Gütern (also z.B. Bildung, Krankenversorgung, Wasserversorgung, öffentlicher Nahverkehr usw.) wird heutzutage oft nur darüber diskutiert, ob sie besser privatisiert oder verstaatlicht sein sollten. Wenige reden aber darüber, sie in die Hände derer zu geben, die sie nutzen. Genau darum geht es bei der Idee des *Commoning*. Ziel ist es, Güter und Dienstleistungen wie z.B. lokal angebaute Lebensmittel (vgl. Bedarfsbereich Landwirtschaft) durch Vergemeinschaftung sowohl dem freien Markt als auch dem Staat zu entziehen. Urban-Gardening-Projekte oder

Wohngemeinschaften organisieren sich schon heute so, dass alle das einbringen was sie können, und sich nehmen was sie brauchen. Eine andere Möglichkeit Güter gemeinschaftlich und demokratisch zu verwalten, stellen Genoss*innenschaften dar z.B. Energiegenoss*innenschaften. Diese sind schon heute weltweit verbreitet, jeder sechste Mensch ist derzeit Mitglied einer Genoss*innenschaft. (vgl. ICA 2018)

Um diese demokratische Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen, brauchen wir aber vor allem auch ein soziales staatliches System, in dem die Menschen abgesichert sind. Erst wenn Menschen nicht mehr Tag für Tag arbeiten müssen, um sich wenigstens den Alltag leisten zu können, haben sie auch Zeit, um sich in der Gesellschaft zu engagieren und sie zu verändern. Es braucht nicht zwingend eine Öko-Revolution oder eine Ökodiktatur, Nationalstaaten, wie wir sie derzeit haben, können durchaus für progressive Politik genutzt werden. Hierfür gibt es unzählige Vorschläge für Veränderungen und Reformen. Reformen in unserem Sinn geben sich aber nicht nur damit zufrieden, das zu verändern was im Moment als möglich betrachtet wird. Vielmehr geht es darum, das gegenwärtige System in Frage zu stellen. Das bedeutet Diesel-Autos nicht durch Elektro-Autos zu ersetzen - sondern durch ein neues Mobilitätskonzept, bestehend aus günstigen Öffis und breiten Radwegen. Statt einer Frauenquote in Führungspositionen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit - eine Neugestaltung von Lohnarbeit insgesamt.

Europaweit sehen wir jedoch Regierungen an der Macht, die z.B. durch den 12h-Arbeitstag, Sozialabbau, Militarisierung und fremdenfeindlicher Abschottungspolitik alles Erdenkliche tun, um ein gutes Leben für wenige aufrecht zu erhalten. Die solidarische Lebensweise ist kein Selbstläufer. Wir brauchen konkrete politische Strategien, um gesellschaftlichen Wandel und Transformation ökologisch und solidarisch zu gestalten.

Politische und kulturelle Transformation im aktuellen politischen Umfeld

Es gibt keinen Masterplan für die sozial-ökologische Transformation. Auch die heutige kapitalistische Gesellschaft wurde nicht am Reißbrett geplant, sondern hat sich historisch über einen langen Zeitraum durch ineinander greifende gesellschaftliche Entwicklungen

herausgebildet. Die Transformation muss deshalb in allen *materiellen* und *mentalen Infrastrukturen* sowie *politischen Institutionen* stattfinden. Das Ergebnis ist radikal, aber der Prozess vollzieht sich in unzähligen kleinen Schritten sowie auch in vielen Brüchen, die auch und mitunter revolutionär sein können. Vieles ist nicht planbar und dennoch wollen wir intendiert eingreifen und der Transformation eine Richtung geben (Reißig 2012). Für uns geht es darum, im Hier und Jetzt erste Schritte in Richtung einer solidarischen Gesellschaft zu gehen und dabei Möglichkeitsräume für weitergehende und grundlegende Veränderungen zu eröffnen. Denn eine solidarische Lebens- und Produktionsweise wird nur durch solidarisch handelnde Menschen erschaffen, die Widerstände überwinden können.

Widerstände gegen eine solidarische Lebensweise

Die Widerstände gegen eine solidarische Lebensweise dürfen keineswegs unterschätzt werden. Es wäre naiv zu glauben, die Profiteur*innen der imperialen Lebensweise würden einer sozial-ökologischen Transformation tatenlos zusehen. Das wird u.a. deutlich, wenn konkrete Entscheidungen getroffen werden, bei denen es sowohl um wirtschaftliche als auch Umweltfragen geht. Dann wird meist ein "Entweder - Oder" an Stelle eines "Sowohl - Als auch" heraufbeschworen. Die Debatte um die 3.Piste am Flughafen Wien ist hierfür ein Paradebeispiel: Arbeitsplätze ODER Umweltschutz. Vorschläge, die versuchen Wirtschaft und Umwelt zusammenzudenken, finden kaum Gehör.

Auch die "Neue Rechte" ist derzeit sehr erfolgreich darin, Widerstand gegen eine solidarische Gesellschaft zu formieren. Sie fängt den weit verbreiteten Unmut über das System auf und schlagen politisch daraus Kapital. Sie knüpft erfolgreich an Unzufriedenheiten, Alltagsprobleme und Verunsicherungen vor sozialem Abstieg an und bietet eine einfache Erzählung der Abschottung und Ausgrenzung an. Auch rechte Parteien und Politiker*innen wie Trump, Le Pen, Kurz und Co. spielen erfolgreich verschiedene gesellschaftliche Gruppen gegeneinander aus.

Es gibt aber auch Widerstände in den Köpfen, also in den mentalen Infrastrukturen. Die imperiale Lebens- und Produktionsweise ist unter anderem deshalb stabil, weil politische und unternehmerische Entscheidungen als alternativlos gelten. Der herrschende Diskurs zweifelt die Grundannahmen der kapitalistischen Gesellschaft (z.B. dass Egoismus, Wettbewerb und

Autorität für eine erfolgreiche Wirtschaft nötig sind) nicht an. Auch die Logik des Geldes, des Eigentums und der Lohnarbeit wird für selbstverständlich, natürlich und notwendig gehalten. Gesellschaft und Wirtschaft abseits dieser Kategorien (also solidarisch zu denken) grenzt dann schon an eine Utopie, eine solche Gesellschaft sogar zu verwirklichen erst recht. Schließlich bietet die imperiale Lebensweise eine bestimmte Form eines scheinbar "Guten Lebens" (z.B. Flugreisen, Verzehr von tierischen Produkten, das eigene Auto) an, das viele als erstrebenswert erachten, auch in jenen Teilen der Welt, die derzeit nicht von der imperialen Lebensweise profitieren.

Letztlich können auch vermeintliche Lösungen falsche Abzweigungen auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft sein. Wird die globale Perspektive nicht ernst genommen, kann die imperiale Lebensweise nicht gebrochen werden. Beispielsweise wurde der Ausstieg aus der Steinkohleförderung in Deutschland als klimapolitischer Erfolg verbucht, gleichzeitig wurde vermehrt Steinkohle aus Kolumbien importiert. "Ökologische Modernisierung", Ideen eines "grünen Wachstums", oder die Elektromobilität sind auf dem Weg der Transformation nur Scheinlösungen. Sie führen in eine Sackgasse, weil sie die grundlegenden Dynamiken des Kapitalismus, wie Wachstumszwang, Konkurrenz und Auslagerung von ökologischen und sozialen Schäden (Externalisierung), nicht in Frage stellen. Auch Appelle an individuellen Verzicht und Verhaltensänderungen bringen uns nicht weit genug. Doch wie sehen erfolgreiche Strategien gegen diese Widerstände und hin zur solidarischen Lebensweise aus?

Strategien

Im Kern geht es um den Aufbau eines *gegenhegemonialen Projekts* der solidarischen Lebensweise, das attraktive und zustimmungsfähige Vorstellungen vom guten Leben für alle entwickelt und verbreitet. Dafür braucht es in unseren Augen drei konkrete Strategien:

1. Ausweiten solidarischer Lebensweisen:

Neue solidarische Formen des Zusammenlebens und Wirtschaftens müssen als Experimente etabliert und verbessert werden. In solchen solidarischen Alternativen wird die Fähigkeit gestärkt, sich in Problemen, unter denen andere leiden, selbst zu erkennen und in gemeinsamer Unterstützung zu Gestalter*innen der eigenen Lebens- und

Produktionsverhältnisse zu werden. Daraus ergeben sich tragfähige zwischenmenschliche Bindungen.

Diese vielfältigen solidarischen Alternativen, Praktiken, Räume und Bündnisse müssen schließlich ausgeweitet werden. Nischenprojekte sind hierfür essentiell und machen gleichzeitig Hoffnung. Sie gelten als Keimzellen des Wandels, der sich von dort aus immer weiter ausbreitet. Sie sorgen dafür, dass solidarische Infrastrukturen aufgebaut und dominante Strukturen verdrängt werden, weil sie Bedürfnisse gerechter und solidarischer befriedigen. Dazu gehören der Umbau von autogerechten zu menschengerechten Städten, die Rekommunalisierung der Energie- und Wasserversorgung oder die Bereitstellung von günstigem innerstädtischen Wohnraum.

Aber auch kritische Wissenschaften, alternative Medien, und Internetkampagnen wie #metoo tragen dazu bei, Diskussionsräume zu öffnen. Bestehende Medien können als Kanäle genutzt werden um Narrative der solidarischen Lebensweise zu verbreiten.

Provokante und humorvolle Interventionen von Aktivist*innen und Künstler*innen sind eine Form, die Absurdität unserer heutigen Gesellschaft zu skandalisieren und sind gleichzeitig Ansatzpunkte für die Transformation. Im praktischen Erleben und Erlernen werden so neue Praxen entwickelt und erprobt.

2. Absichern solidarischer Lebensweisen:

Solidarische Alternativen müssen in alltäglichen Praktiken und Vorstellungen, in neugeschaffenen materiellen Infrastrukturen und über politisch-ökonomische Institutionen abgesichert werden (Bsp.: Ausbau von Fahrradwegen und Kitas oder Verkürzung von Arbeitszeiten). So sind materielle Infrastrukturen einer solidarischen Lebensweise, wenn sie einmal da sind, nicht so einfach zum Verschwinden zu bringen. Der Bau von Radschnellwegen, von räumlich getrennten Radwegen und die Verschmälerung von Autostraßen stellen physische Barrieren gegen den Rückbau einer fahrradmobilen Lebensweise dar. Auch die Neugestaltung politischer und wirtschaftlicher Institutionen erschwert, dass Fortschritte zurückgedrängt werden. Einerseits werden durch Gesetze und Abkommen Pfadabhängigkeiten geschaffen. Andererseits schreibt die Demokratisierung ökonomischer Institutionen politischer und fest. dass hei grundlegenden Richtungsänderungen alle Betroffenen mitsprechen und mitbestimmen dürfen. z.B. sollen bei

Bildungsreformen die Betroffenen mitreden. Bildungsinstitutionen wie Schulen, Universitäten, Volkshochschulen etc. werden so zu Orten die nicht nur kognitives Wissen vermitteln, sondern Demokratie erlebbar machen und alternative Praktiken fördern. Nur durch Beteiligung und praktische Erfahrungen werden alternative Lebensweisen greifbar und im eigenen Alltag umsetzbar. Wenn schließlich Mitbestimmung und Selbstermächtigung ganz alltäglich und normal werden, genauso wie die Nutzung solidarischer Infrastrukturen wie Radwege oder der kostenfreie Zugang zu Wissen über Wikipedia, dann erschwert auch dies den Rückbau solidarischer Lebensweisen.

3. Abwehrkämpfe und Zurückdrängen der imperialen Lebensweise:

Die Ausbreitung und Intensivierung der imperialen Lebensweise muss verhindert werden (Bsp.: Ausweitung von Kohletagebauen stoppen, Verbieten von Werbung). Darüber hinaus die imperiale Lebensweise allen Lebensbereichen zurückgedrängt, muss aus Externalisierungen gestoppt und Diskriminierungen abgebaut werden (Bsp.: Entprivatisierung der Daseinsvorsorge oder Abschaffung des Racial Profiling). Dabei geht es darum, das 'Normale' in Frage zu stellen und neue Selbstverständlichkeiten zu entwickeln. Auch der Rechtsruck und die autoritäre Absicherung der imperialen Lebensweise muss bekämpft werden (Bsp.: Etablierung sicherer Fluchtrouten oder Entkriminalisierung von Protest). Die imperiale Lebensweise wird sich nicht einfach mal eben so abwickeln lassen. Unter Druck geraten, wird sie zunehmend durch staatliche Gewalt abgesichert. Politische Systeme werden autoritärer und Repression und Überwachung nehmen zu, wie es beispielsweise rund um die G20-Proteste in Hamburg 2017 zu beobachten war, als großflächige Demonstrationsverbotszonen eingerichtet und Protest-Camps entgegen richterlichen Beschluss geräumt wurden. Umso wichtiger wird der Protest gegen die Beschneidung von Freiheitsrechten, wie dies beispielsweise bei großen Demonstration gegen die Verschärfung von Polizeigesetzen geschieht.

Doch wer sind die Akteur*innen die hinter all diesen Kämpfen stehen?

Akteur*innen

Wenn kollektive Betroffenheiten mit kollektiver Organisierung einhergehen entstehen neue *Frontline Communities*. Neue Kämpfe gegen die Zumutungen der imperialen Lebensweise tauchen auf und solidarische Alternativen werden entworfen und ausprobiert.

Hierbei geht es einerseits um konkrete materielle Kämpfe: Mieter*innen fordern günstigen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, Radfahrer*innen sammeln Unterschriften für Volksentscheide für fahrradfreundliche Städte, Gewerkschafter*innen streiken für gute Arbeit und Arbeitszeitverkürzung, indigene Communities protestieren gegen Minen, die ihre Lebensgrundlage zerstören und Klimaaktivist*innen organisieren Klimacamps und fordern eine demokratische, soziale und ökologische Energieversorgung. Genauso geht es darum, neu auszuhandeln, was jede*r als 'normal' empfindet. Einige, insbesondere außerschulische, Bildungseinrichtungen wie das Konzeptwerk Neue Ökonomie oder "Fairbindung" orientieren sich an einem neuen Bildungsverständnis, Bildungsformen und -inhalten für eine lebenswerte Zukunft. Und auch an etablierten Bildungs- und Forschungsorten gibt es Formate, die dem herrschenden Verständnis von Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit und Selbstoptimierung wie die etwas entgegensetzen, herrschaftskritische Sommeruniversität (Herr*Krit), das Netzwerk Plurale Ökonomik oder Freie Schulen. Dazu gibt es Aktivist*innen und Künstler*innen, die moralische Grenzen des gesellschaftlich normal gewordenen aufzeigen, wie das Zentrum für Politische Schönheit, dessen Holocaust-Mahnmal im Garten eines AfD-Politikers für große Aufmerksamkeit sorgte. Transformative Akteur*innen müssen also sowohl materielle als auch mentale Infrastrukturen in solidarischer Form ausweiten und absichern, und imperiale Formen abwehren.

Daher benötigt es Akteur*innen auf allen Ebenen: starke soziale Bewegungen, die politische Forderungen artikulieren und auf die Straße tragen, Mitte-Unten-Bündnisse, die gesellschaftliche Mehrheiten organisieren und politische Parteien, die sich dieser Forderungen annehmen und Reformen durchsetzen. Doch derzeit sind wir noch weit davon entfernt und ein gesamtgesellschaftliches Projekt der solidarischen Lebensweise bislang kaum erkennbar. Kämpfe für dezentrale Energieversorgung, sozial-ökologische Landwirtschaft, höhere Löhne, betriebliche Mitbestimmung und gute Arbeit sowie gegen

Rassismus, Antisemitismus und Sexismus und für sexuelle Selbstbestimmung und Bewegungsfreiheit finden oft getrennt voneinander statt. Auch stehen sich häufig gemäßigte Akteur*innen aus dem Spektrum der NGOs, Gewerkschaften und Kirchen und radikalere Gruppen unversöhnlich gegenüber. Und schließlich werden unterschiedliche Strategien verfolgt, wie der Aufbau von Nischenprojekten, reformerischen Schritten und revolutionären Brüchen, die oft als unvereinbar wahrgenommen werden.

Indem das Gemeinsame und Verbindende in unterschiedlichen Kämpfen herausgestellt wird, kann der Aufbau eines gegenhegemonialen Projekts der solidarischen Lebensweise, das mehr ist als seine einzelnen Teile, vorangetrieben werden. Lilla Watson, eine indigene Aktivist*innen aus Australien formulierten es dereinst folgendermaßen: "Wenn du gekommen bist um mir zu helfen, verschwendest du deine Zeit. Aber wenn du da bist, weil deine Befreiung mit meiner verbunden ist, dann lass uns zusammenarbeiten." (Watson, zitiert nach Bernau 2012)

Eine "neue Klassenpolitik" (Friedrich 2017) ist vonnöten, die die enormen sozialen Ungleichheiten zum Ausgangspunkt für sozial-ökologische Transformation macht. Dabei geht es nicht darum, tradierte Vorstellungen einer weißen, männlichen Industriearbeiterklasse wieder salonfähig zu machen. Sie umfassen all diejenigen, die unter schlecht bezahlten und prekären Arbeitsverhältnissen leben müssen, die soziale Abstiegsängste haben, durch steigende Mieten verdrängt werden oder in sozialen Brennpunkten leben. Sehr oft sind davon vor allem Frauen und Migrant*innen betroffen. Um Aussicht auf Erfolg zu haben, muss ein Projekt der solidarischen Lebensweise zwingend die unteren Klassen mit einschließen. Sozial-ökologische "Mitte-Unten Bündnisse" (Brie/Hildebrandt 2015) könnten den Verheißungen der Rechten Paroli bieten und große Potenziale für eine sozial-ökologische Transformation freisetzen.

<u>Resümee</u>

Die vielen Krisen, die die imperiale Lebensweise verursacht, können zu Ausgangspunkten für sozial-ökologische Transformation werden. Ungleichheiten, die Menschen erleben, Unrecht, das sie erfahren, oder Ungerechtigkeiten, die sie wahrnehmen, können zum Gegenstand politischer Aushandlung gemacht werden. Dies geschieht, wenn Betroffene zusammenkommen und sich kollektiv organisieren und politisch aktiv werden. Verschiedene

Akteur*innen und Initiativen verfolgen dabei unterschiedliche Strategien. Die einen experimentieren mit solidarischen Alternativen im Kleinen, andere versuchen schrittweise politische Reformen für solidarische Lebensweisen durchzusetzen und wieder andere suchen die Konfrontation und den Bruch mit den bestehenden Institutionen der imperialen Lebensweise. Eine zentrale Herausforderungen für eine sozial-ökologische Transformation besteht darin, diverse Akteur*innen und Kämpfe in verschiedenen Lebensbereichen und an verschiedenen Orten weltweit zusammenzuführen - ohne dass sie ineinander aufgehen. Dabei müssen Diskussionen über gemeinsame Ziele und Visionen für das gute Leben für alle geführt, sowie Narrative entworfen werden, die Fragen sozialer und globaler Gerechtigkeit mit ökologischer Nachhaltigkeit verbinden. Und schließlich muss diskutiert werden, inwiefern unterschiedliche Strategien sich bestmöglich ergänzen können. So könnte eine globale Massenbewegung beziehungsweise eine Vielzahl an global vernetzten Bewegungen für die solidarische Lebensweise entstehen, die von den Unzufriedenen, Entfremdeten, Benachteiligten und Enteigneten dieser Welt - im Globalen Norden wie im Globalen Süden - getragen werden.

Bibliographie:

- Brand, Ulrich / Markus Wissen (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: Oekom-Verlag.
- Brie Michael / Hildebrandt, Cornelia (2015): Solidarische Mitte-Unten-Bündnisse. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und Linke Praxis, 22/2. Online: https://www.zeitschrift-luxemburg.de/solidarische-mitte-unten-buendnisse/ (zuletzt abgerufen: 10.09.2018)
- Exner, Andreas / Kratzwald Brigitte (2012): Solidarische Ökonomie & Commons. Wien: Mandelbaum-Verlag.
- Friedrich, Sebastian (2017): Für eine "Neue Klassenpolitik". Warum trotz sexistischer, rassistischer und nationalistischer Spaltungen gemeinsame Kämpfe möglich sind. Analyse & Kritik Zeitung für linke Debatte und Praxis, 627. Online: https://www.akweb.de/ak_s/ak627/18.htm (zuletzt abgerufen: 10.09.2018)
- ICA (International Cooperative Alliance) (2018): About us. Online: https://www.ica.coop/en/the-alliance/about-us (zuletzt abgerufen: 17.09.2018)
- Maler, Gerda (2010): Das Unsichtbare sichtbar machen. Die Care- und Reproduktionskrise in den Blick nehmen. Analyse & Kritik Zeitung für linke Debatte und Praxis, 552. Online: https://www.akweb.de/ak_s/ak552/40.htm. (zuletzt abgerufen: 10.09.2018)
- Reißig, Rolf (2012): Die neue "Große Transformation" eine Erklärung und Deutung. In: Brie, Michael / Candeias, Mario(Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 13. und 14. Oktober 2011. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Online: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Transformationk onferenz 1.pdf. (zuletzt abgerufen: 10.09.2018)
- Watson, Lilla, zitiert nach Bernau, Olaf (2012): In der Autoritäts- und Identitätsfalle. Stichworte zur Debatte um Critical whiteness anlässlich des diesjährigen No Border Camps in Köln. In: *PHASE* 2 (44). Online:

https://phase-zwei.org/hefte/artikel/in-der-autoritaets-und-identitaetsfalle-233/ (zuletzt abgerufen: 11.09.2018)

Weiterführende Links:

Ernährungsrat Berlin: http://ernaehrungsrat-berlin.de/

Fairbindung: https://www.fairbindung.org/

FoodCoops Österreich: https://foodcoops.at/

Genossenschaften in Deutschland: https://www.genossenschaften.de

Herr*Krit: https://herrkrit.com/

Netzwerk Plurale Ökonomik: http://www.plurale-oekonomik.de

Netzwerk Solidarische Landwirtschaft: https://www.solidarische-landwirtschaft.org

Konzeptwerk Neue Ökonomie: ttps://www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org

Zentrum für Politische Schönheit: https://www.politicalbeauty.de/